

Stellvertretende Vorsitzende der Gewerkschaft
Erziehung und Wissenschaft (GEW)
Frau Marianne Demmer
Reifenberger Straße 21
60489 Frankfurt

*Verteiler: Präsident der Kultusministerkonferenz, Kultus-
minister/-innen der Länder, Bildungsministerin Dr. Annette
Schavan, Vorsitzender der DeGÖB Prof. Dr. Retzmann*

*Nachrichtlich: stellv. Vorsitzende des DGB Ingrid
Sehrbrock, stellv. Vorsitzende des GEW Marianne Demmer*

Institut für
Ökonomische Bildung

Telefon
(0441) 361 303 12

Fax
(0441) 361 303 99

E-Mail
info@ioeb.de

Seite 1 von 4

Oldenburg, 06.02.2013

Schreiben von DGB und GEW vom 11.12.2012 - betr. Prüfstelle für Unterrichtsmaterialien

Sehr geehrte(r) ...,

am 11.12.2012 ist Ihnen ein Schreiben von GEW und DGB zugegangen, in dem die vermeintliche Einflussnahme von Privatunternehmen auf allgemein bildende Schulen kritisiert, die Einführung eines eigenständigen Faches „Wirtschaft“ abgelehnt sowie die Schaffung einer „staatlich verantworteten Prüfstelle für Unterrichtsmaterialien“ gefordert wurde. Dieses an den Präsidenten der Kultusministerkonferenz, die Kultusminister der Bundesländer sowie an die Bundesbildungsministerin Dr. Schavan adressierte Schreiben wurde am 04. Februar 2013 über den Verteiler der Deutschen Gesellschaft für Ökonomische Bildung (DeGÖB) versendet.

Angesichts der Tatsache, dass in der gewerkschaftlichen Stellungnahme unseres Erachtens zahlreiche Sachverhalte unzulässig dargestellt werden, erlauben wir uns als universitäres An-Institut, das sich seit vielen Jahren um die Förderung der ökonomischen Bildung bemüht, kurz Stellung zu nehmen. Wir beschränken uns dabei auf die Erwiderung einiger zentraler Aussagen des o. g. Papiers.

- (1) Selbstverständlich wäre es fatal, wenn Unternehmen, Verbände oder andere Organisationen versuchten, Schülerinnen und Schüler im eigenen Interesse zu manipulieren. Für solche Manipulationsversuche gibt es aber - mit Ausnahme einzelner Negativbeispiele, die sich vermutlich nie vollständig verhindern lassen - keine empirischen Belege. Die Kritik der Gewerkschaften ignoriert zum einen die Potenziale der tagtäglichen Praxis von Kooperationen zwischen Schule und Wirtschaft. Die Vielfalt, der Umfang und die Qualität der faktisch bestehenden und von beiden Seiten freiwillig geschlossenen Kooperationen zeigen, dass die lange gepflegte Distanz zwischen Schule und Wirtschaft heute zugunsten einer konstruktiven und bildungswirksamen Zusammenarbeit weitgehend aufgelöst wurde. Zum anderen werden aktuelle lerntheoretische, bildungstheoretische und fachdidaktische Erkenntnisse einfach ignoriert, die Bildung als ein komplementäres Produkt aus Erfahrung und Erkenntnis beschreiben. Schulisches Lernen ohne Bezüge zur Lebenswelt ist heute in keinem Fach mehr denkbar.

- (2) Die Behauptung der Gewerkschaften, dass ein Fach Wirtschaft alle Bezugsdisziplinen aus- spare, ist schlicht falsch. So wie sich beispielsweise das Fach Deutsch auf die Germanistik bezieht oder das Fach Erdkunde auf die Geographie, so ist die Wirtschaftswissenschaft die zentrale Bezugsdisziplin für die ökonomische Bildung. Das Verhältnis zwischen Schulfach und Bezugsdisziplin ist dabei selbstverständlich nicht abbilddidaktisch zu rekonstruieren, sondern kategorial und mit Bezug zu Lebenssituationen. Außerdem bedeutet der Bezug auf eine Kerndisziplin nicht, dass andere Dimensionen ausgeblendet werden. Es ist selbstver- ständlich, wie Lehrpläne und Kerncurricula aus einigen Bundesländern zeigen (vgl. Nieder- sachsen), dass mehrdimensionale Zugänge, die auch soziale und politische Einsichten er- öffnen, in diesen gegeben sind und sein müssen. Die Behauptung, Ziel der Vertreter der ökonomischen Bildung sei die Implementierung eines monodisziplinären Faches, welches ökonomische Fragestellungen nicht in den Zusammenhang mit gesellschaftlichen, politi- schen und ökologischen Aspekten behandle und nicht praktikabel sei, deutet auf die Un- kenntnis der in den letzten Jahrzehnten von Fachdidaktikern entwickelten Konzeptionen. Darüber hinaus findet sich hierzu auch kein Beleg in den Rahmenvorgaben der Wirtschaftsfächer, die in einigen Bundesländern bereits etabliert wurden. Entsprechende Äußerungen bewegen sich außerhalb des wissenschaftlichen Diskurses und sind als schlichte interessen- politisch motivierte Behauptungen zu klassifizieren. In der fachdidaktischen Forschung und im schulischen Alltag zielt ökonomische Bildung stets auf die Perspektiven von Verbrauche- rinnen und Verbrauchern, Erwerbstätigen und Wirtschaftsbürgern ab. Im Gegensatz zu mo- noperspektivischen Konzepten, wie z. B. im Rahmen eines eigenen Faches „Verbraucher- bildung“, können in einem Schulfach „Wirtschaft“ die unterschiedlichen Blickwinkel sys- tematisch aufeinander bezogen werden. Einschlägige Konzeptionen und Unterrichtsmateri- alien, die die Konsumentenperspektive als integralen Bestandteil einer umfassenden öko- nomischen Bildung enthalten, werden seit Jahrzehnten in Oldenburg und an anderen Stan- dorten in Deutschland entwickelt.
- (3) Weiterhin falsch ist der Rückschluss vom umfassenden Allgemeinbildungsauftrag der Schule insgesamt auf eine vermeintlich notwendige Etablierung von Integrationsfächern. Dieser normativistische Kurzschluss blendet die Potenziale von Schulfächern für einen domänen- spezifischen Kompetenzerwerb aus. Zwar könnten Zusammenhänge zwischen den Schulfä- chern im deutschen allgemeinbildenden Schulwesen sicher stärker gefördert werden, aber Interdisziplinarität setzt logischerweise Disziplinarität voraus. Das impliziert: Ohne eine Fach kann es auch keinen fachübergreifenden oder Fächer verbindenden Unterricht geben. Zumal eigene Studiengänge an den Hochschulen, die die seriöse Ausbildung von künftigen Lehrkräften mit angemessenen Stundendeputaten gewährleisten, wiederum nur etabliert werden, wenn ein Unterrichtsfach in einem Bundesland vorhanden ist.
- (4) Die Forderung nach einem eigenständigen Fach „Wirtschaft“ zielt keineswegs auf die Er- setzung politisch-sozialwissenschaftlicher Inhalte und Fächer in der allgemein bildenden Schule. Vielmehr stellt sie in Rechnung, dass die systematische Vermittlung grundlegender ökonomischer Kompetenzen bis dato in vielen Lehrplänen sozialwissenschaftlicher Fächer (wenn überhaupt) nur eine untergeordnete Rolle spielt. Dies gilt insbesondere für den gymnasialen Bereich. Ein Zustand, der unseres Erachtens angesichts der heutigen gesell- schaftlichen Herausforderungen nicht tragbar ist. Ökonomische Bildner fordern somit eine notwendige Erweiterung des Spektrums sozialwissenschaftlichen Unterrichts und nicht des- sen Eingrenzung.
- (5) Wir stimmen DGB und GEW sowohl hinsichtlich der weiteren Gültigkeit des „Beutelsbacher Konsenses“ sowie der Notwendigkeit „der Vorbereitung junger Menschen auf die Berufs- und Arbeitswelt und ihre persönlichen Lebensplanung“ zu. Auch nach unserer Auffassung sowie aller uns bekannten Fachdidaktiker der ökonomischen Bildung, sollen Schülerinnen

und Schüler [...] zu kritischer Urteilsbildung befähigt werden, um in einer von Interessensgegensätzen verfassten Gesellschaft eigene Standpunkte finden und vertreten zu können sowie zu kritischer Partizipation und Mitbestimmung befähigt zu werden. Schülerinnen und Schüler sollen Politik, Wirtschaft und Gesellschaft als gestaltbar und veränderbar verstehen“. Es stellt sich nur die Frage, warum dies in einem eigenständigen Fach „Wirtschaft“ nicht zu erreichen sein soll. Zumal für die hier geforderte sozio-ökonomische Bildung bislang keine tragfähigen Konzepte für Schulen und Hochschulen vorgelegt wurden, sondern es zumeist bei ihrer schlichten Postulierung bleibt. X

- (6) Besonders interessant ist, dass die Masse an kostenfreien Materialien von Wirtschaftsverbänden etc. in diesem Zusammenhang als wesentliche Gefahr betrachtet wird, die entsprechenden Angebote gewerkschaftsnaher Institutionen jedoch keine Erwähnung finden (vgl. u. a. die Materialangebote der Böckler-Stiftung unter www.boeckler.de/39577.htm). Dabei zeichnen sich gerade einige dieser Materialien durch die eindeutige Missachtung bzw. einseitige Interpretation des geforderten Kontroversitätsprinzips aus. Ein Blick auf die Themenauswahl der Rubrik „Böckler Impulse für den Unterricht“ oder auf das in diesem Kontext entwickelte Themenheft zur Finanzkrise¹ verdeutlicht sehr schnell, in welchem Ausmaß sowohl das Kontroversitätsgebot als auch das Überwältigungsverbot missachtet werden.

Als weiteres Beispiel für das höchst problematische fachliche Niveau der Diskussionsbeiträge von gewerkschaftlicher Seite kann auch die so genannte Studie „Wirtschaft in der Schule - Die Auseinandersetzung um ökonomische Bildung in den allgemeinbildenden Schulen“ genannt werden, die auf den Seiten des DGB als eine der zentralen Stellungnahmen zum Themenbereich „Ökonomische Bildung“ platziert ist². Einer der beiden Autoren gehört dem DGB-Fachbereich „Allgemeine Bildungspolitik“ an, während der andere sich zum Zeitpunkt der Erstellung des Papiers noch im Masterstudium des Faches „Sozialpolitik“ (!) befindet. Angesichts dieses fachlichen Hintergrunds überrascht die Dürftigkeit der Auseinandersetzung nicht, jedoch stellt sich die Frage nach der Ernsthaftigkeit der Diskussionsgestaltung. }

- (7) Weiterhin wird im o. g. Schreiben bemängelt (Zitat), „dass die [Wirtschafts-]Akteure eigene Schulmaterialien mit einem eigenen Gütesiegel versehen.“ Hiermit solle Lehrkräften glauben gemacht werden, „die Materialien seien von fachlicher und didaktischer Qualität und könnten bedenkenlos im Unterricht eingesetzt werden“. Als Beispiel wird der Schulbuchpreis der Bundesarbeitsgemeinschaft Schule Wirtschaft, der unter der Schirmherrschaft des Bundeswirtschaftsministers durchgeführt wurde, angeführt.

Festzuhalten ist: In diesem Wettbewerb hat eine fachlich und fachdidaktisch ausgewiesene Jury Schulbücher und keine kostenfreien Materialien bewertet. Das Siegerbuch für die Sekundarstufe I, „Praxis Wirtschaft Profil“, das nach Gewerkschaftseinschätzung (ohne weitere Begründung) „ungeachtet seiner Qualität“ prämiert wurde, hat zuvor das staatliche Prüfverfahren für Schulbücher in Niedersachsen durchlaufen, wurde somit hinsichtlich seiner Lehrplankonformität geprüft und genehmigt und ist beim renommierten Westermann-Schulbuchverlag erschienen.

- (8) Hinsichtlich der Forderung einer staatlich verantworteten Prüfstelle lassen sich, insbesondere auch vor dem Hintergrund der föderalen Strukturen, zahlreiche bis dato unbeantwortete Fragen stellen, z. B.
- Welches fachwissenschaftliche Selbstverständnis zur (sozio-)ökonomischen Bildung soll dem Prüfsystem bzw. der „roten Liste“ unterlegt werden?

¹ http://www.gew-sh.de/sites/default/files/download/meldungen/schule_th_finanzkrise_2012.pdf

² <http://schule.dgb.de/materialien/wirtschaft/oekonomische-bildung>

- Wie werden aktuelle Erkenntnisse der empirischen Unterrichtsforschung berücksichtigt, die zeigen, wie faktenreich sich der unterrichtliche Einsatz von Materialien gestaltet und die Wirksamkeit von Unterricht beeinflusst (vgl. Helmke, Brophy, Wellenreuther)?
- Welche Akteursgruppen sollen an der Festlegung der Qualitätsstandards und den Prüfverfahren beteiligt werden?
- Inwieweit soll die Aufgabe den Wissenschaftlern überantwortet werden, die im Bereich der ökonomischen Bildung an den Hochschulen lehren oder forschen?

Der Verweis auf den Materialkompass der vzbv ist in diesem Kontext zumindest wenig hilfreich, weil sich diese vermeintliche Prüfstelle durch fachfremde und zum Teil unqualifizierte Gutachter sowie durch ein fragwürdiges und fachdidaktische Qualitätskriterien missachtendes Konzept auszeichnet. Die Mängel des Materialkompasses sind allerdings so gravierend, dass dazu an anderer Stelle ausführlich Stellung bezogen werden soll.

Allein die hier aufgeführten Punkte machen deutlich, dass es sich bei dem Brief der Gewerkschaften um ein bildungspolitisch motiviertes Papier und nicht um eine fachlich oder fachdidaktisch fundierte Darstellung handelt. Die Gewerkschaften scheinen hier einen „Kampf um die Köpfe der Schüler“ lostreten zu wollen, der aus unserer Sicht völlig verantwortungslos ist, weil er auf dem Rücken von Kindern und Jugendlichen ausgetragen wird. Eine Rückkehr zu einer sachgerechten Diskussion wäre hier wünschenswert.

Mit freundlichen Grüßen



[Prof. Dr. Dr. h.c. Hans Kaminski]



[Prof. Dr. Rudolf Schröder]



[Prof. Dr. Dirk Loerwald]